

# Position der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien

## Präambel

*„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren...“  
(Artikel 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen)*

*„Die Würde des Menschen ist unantastbar...“  
(Artikel 1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland)*

*„Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse,  
der Herkunft, der religiösen und der politischen Überzeugung...“ (Artikel 1 Verfassung des  
Landes Hessen)*

Als Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) setzen wir uns seit 1974 hessenweit für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Bewohner\_innen sogenannter benachteiligter Quartiere ein. Mit unserem Verein tragen wir dazu bei, die soziale, ökonomische und kulturelle Chancengleichheit in diesen Quartieren zu verbessern und alle dort lebenden Menschen nachhaltig in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe zu fördern.

Der Erfüllung unserer Vereinsziele liegt ein pluralistisches Demokratieverständnis zugrunde. Unser Menschen- und Gesellschaftsbild basiert auf den grundlegenden Menschenrechten und den Verfassungsnormen unseres freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Jeder Mensch, unabhängig seines Alters, seiner Herkunft, seines Geschlechts und seiner sexuellen oder religiösen Orientierung, ist für uns ein gleichwertiger Teil der Gesellschaft und des Gemeinwesens. Unsere Demokratie lebt und profitiert von dieser Vielfalt. Essentieller Bestandteil unserer Vereinstätigkeit ist es, insbesondere *mit und für alle Bewohner\_innen* sogenannter benachteiligter Quartiere in Hessen, Möglichkeiten der gesellschaftlichen Partizipation zu schaffen. Die Förderung von Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und die Kommunikation zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sind für uns ebenso zentrales Vereinsanliegen, wie die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt und

die Stärkung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Wir setzen uns für eine tolerante, offene, freie und demokratische Gesellschaft ein, deren oberstes Gut die Würde jedes Menschen ist. Diese zu schützen hat für uns oberste Priorität.

Daher lehnen wir jede Form von Rassismus und von Diskriminierung ab und treten menschenverachtenden, fremdenfeindlichen und demokratiegefährdenden Ideologien und Bestrebungen entschieden entgegen.

### **Position der LAG zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien**

Das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Bewegungen der letzten Jahre stellt uns und unsere Mitglieder vor besondere und teilweise neue Herausforderungen. Spätestens seit dem Einzug der „Alternative für Deutschland (AfD)“ in den Hessischen Landtag im Januar 2019 sind diese Herausforderungen noch einmal in neuer Qualität vorhanden. Auch aus diesem Grund haben wir uns aktiv damit auseinandergesetzt, wie wir, sowohl auf politischer Ebene aber auch im Rahmen unserer Vereinstätigkeit, mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien umgehen.

Einige sogenannte benachteiligte Stadtteile in Hessen erzielten in den Wahlergebnissen der Landtagswahl zur 20. Legislaturperiode über 15% der Stimmen für die AfD (vgl. [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)). Dieser Wahlausgang deutet darauf hin, dass vor allem in diesen Quartieren Politikverdrossenheit und eine gewisse Form von Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen ein fruchtbarer Nährboden für Rechtspopulisten und Rechtsextremisten darstellt.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien versuchen gezielt Gesellschaft zu spalten. Sie vertreten ein homogenes Verständnis von Demokratie, geprägt durch ein völkisches Gedankengut. Sie stehen für Positionen der Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie sind gegen die pluralistische Demokratie, in der auch Minderheiten und Andersdenkende die gleichen Rechte haben. In der die Bedürfnisse aller Menschen Berücksichtigung finden und wo Lösungswege ausgelotet werden, die ein tolerantes, respektvolles und demokratisches Miteinander für alle fördert. Diese reale Gefahr, ausgehend von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien, die Grundfeste unserer Demokratie anzugreifen, ist für uns Grund genug, sich mit diesem Positionspapier

von derartigen Ideologien zu distanzieren und klar Stellung zu beziehen. Es bedarf zukünftig verstärkter Wachsamkeit gegenüber diesen Parteien, um ihre menschen- und demokratiefeindlichen Gesinnungen sichtbar zu machen.

Mit diesem Papier bekennen wir uns dazu, auf allen Ebenen der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung offensiv gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit vorzugehen. Dies geschieht auf zwei Ebenen:

- Wenn uns Gedankengut gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Demokratieverachtung vor Ort und im Arbeitsalltag begegnet (von Bewohner\_innen benachteiligter Quartiere, Wähler\_innen, Sympathisanten\_innen, vielleicht auch von Kooperationspartner\_innen oder Kollegen\_innen) gilt es für die Gemeinwesenarbeit aktiv Konzepte zu entwickeln. Dabei sollte eine neugierig-zuhörende und gleichzeitig streitbare Beziehung im Vordergrund stehen, mit der sich mögliche Hintergründe, Motive und Folgen solcher Haltungen aufarbeiten lassen. Dazu gehört auch der Ausbau der Demokratiebildung und der politischen Teilhabe in den betroffenen Quartieren.
- Organisierten rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppen und Parteien und deren Funktionär\_innen bieten wir möglichst keine Gelegenheit, unter dem Deckmantel eines demokratischen Diskurses ihre demokratie- und menschenfeindliche Ideologie darzustellen. Diese Ideologie wird allzu oft mit einfachen Lösungen geschickt getarnt und als vom „Volk“ legitimerter „Widerstandskampf“ für die sozial Benachteiligten und gegen das „herrschende System“ der etablierten Politik, der Medien und der Wissenschaft verkauft. Obwohl die politikwissenschaftliche und verfassungsschutzrechtliche Differenzierung zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus richtig ist, gehen wir mit diesen Gruppen und Parteien nicht unterschiedlich um. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Grenze von den Betroffenen selbst nicht oder nur verbal-oberflächlich gezogen wird.

Hieraus ergeben sich folgende konkrete Positionen:

**1. Die LAG lädt nur diejenigen Fraktionen zu ihren Veranstaltungen ein, die die pluralistische Demokratie anerkennen und vertreten.**

Parteien, die zwar demokratisch gewählt aber in ihren Positionen völkisches und ausgrenzendes Gedankengut vertreten, wenden sich in ihrer Politik gegen die Vereinsziele der LAG. Daher werden rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien nicht zu den Veranstaltungen der LAG eingeladen.

Bei Kooperationsveranstaltungen müssen gemeinsam Lösungen gefunden werden. Wir verweisen hier auf Punkt 4.

**2. Die LAG wird rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien nicht zu ihren Veranstaltungen einladen.**

Wir bieten rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien kein Forum zur Selbstdarstellung und Werbung für ihre Ideologie. Diese Parteien bei Veranstaltungen auszuschließen ist nicht undemokratisch, sondern ermöglicht allen, die sich durch die Präsenz von Rechtspopulisten und Rechtsextremen bedroht fühlen, angstfrei an einer Veranstaltung teilzunehmen und offen zu diskutieren.

**3. Die LAG wird an keinen Veranstaltungen rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien teilnehmen.**

Die LAG sieht rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien als demokratiefeindlich an und kann daher eine Teilnahme an deren öffentlichen Veranstaltungen nicht mit ihren Vereinszielen vereinbaren. Eine Teilnahme an derartigen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit würde ein falsches Bild vermitteln. Wir möchten in keiner Weise mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien in Verbindung gebracht werden.

**4. Die LAG nimmt an keinen Veranstaltungen teil, die federführend unter Beteiligung rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien stattfinden. Ausnahmen bilden parlamentarische Gespräche und Anhörungen im Hessischen Landtag.**

Auch an Veranstaltungen anderer Organisationen, an denen sich rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien federführend beteiligen, wird die LAG nicht teilnehmen. Wir stehen für den offenen Dialog, den Diskurs auf demokratischer Grundlage und Gespräche auf Augenhöhe. Eine Beteiligung rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien an Veranstaltungen kann diese Anforderungen nicht erfüllen. Häufig zu beobachten ist bei diesen Parteien eine Strategie der Diffamierung und des Populismus mit dem Ziel, Zuschauer\_innen für ihre menschenverachtende Politik zu gewinnen. Wir sind der Meinung, rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien stehen schon jetzt unzählige Möglichkeiten offen, sich publikumswirksam zu präsentieren. Wir als LAG möchten diesen Parteien weder einen Ort noch die Chance bieten, ihre Ideologien weiter voranzutreiben.

Ausnahmen bilden hier parlamentarische Gespräche oder Anhörungen im Hessischen Landtag, zu denen die LAG eingeladen wird. Die fachpolitische Positionierung auf parlamentarischer Ebene ist eines der wichtigsten Werkzeuge unseres Vereins. Nur so können wir hessenweit Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen, die dazu beitragen, die Lebensbedingungen von Menschen in Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen zu verbessern. Eine Teilnahme im Rahmen dieser Formate wird daher weiterhin erfolgen (müssen).

**5. Der Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien bei Kooperationen bedarf einer gemeinsamen Lösungsstrategie.**

Grundlage unserer Kooperationen ist ein gemeinsames demokratisches Verständnis von Toleranz, des Respekts und der Achtung der Menschenwürde. Die Vorgaben unserer Partner bezüglich des Umgangs mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien sind bei Kooperationen maßgebend. Die LAG behält sich jedoch das Recht vor, Bündnisse und Kooperationen zu lösen, sollten Vorgaben zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien eine Gefährdung des pluralistischen Demokratieverständnisses darstellen.

**6. Fraktionen des Landtages, die ein pluralistisches Demokratieverständnis vertreten, erhalten die Wahlprüfsteine und Stellungnahmen der LAG**

Die LAG wird Wahlprüfsteine und Stellungnahmen an diejenigen Fraktionen im Landtag versenden, die ein pluralistisches Demokratieverständnis vertreten. Weiter werden Rückmeldungen zu den Wahlprüfsteinen ausschließlich dieser Parteien auf der Homepage veröffentlicht.

**7. Die LAG bezieht öffentlich Stellung, wenn sich rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien zur LAG als Verein oder dessen Mitglieder äußern.**

Die Taktik, beispielsweise der AfD, zahlreiche Anfragen im Hessischen Landtag zu stellen, ist bekannt. Diese dienen selten einer sachlichen Diskussionsbasis als vielmehr dem Versuch, die öffentliche Meinung gezielt auf die eigenen populistischen Argumentationsmuster aufmerksam zu machen. In Fällen des Angriffs auf die Arbeit der LAG oder auf den Verein selbst, sehen wir eine Notwendigkeit einzugreifen und öffentlich Stellung zu beziehen. Davon sieht die LAG jedoch ab, sollten rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien Positionspapiere veröffentlichen.

Wir als LAG sehen keine Notwendigkeit, die Öffentlichkeit oder unser Netzwerk auf Themen dieser Parteien aufmerksam zu machen. Dies ist in keiner Weise zielführend und würde Aufmerksamkeit an falscher Stelle schaffen.

**8. Die LAG veranstaltet keine parlamentarischen Abende oder Gespräche mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien.**

Obliegt der LAG die Wahl des Ortes von Veranstaltungen oder hat sie gar das Hausrecht, wird sie nur diejenigen Parteien einladen, die ein pluralistisches Demokratieverständnis vertreten. Ist die LAG zu Gast parlamentarischer Abende/Gespräche mit Bewohner\_innen z.B. im Landtag, hat sie keinen Einfluss darauf, welche Fraktionen teilnehmen. Politische Teilhabe ist essentieller Bestandteil einer demokratisch lebendigen Gesellschaft. Allen Bewohner\_innen sogenannter benachteiligter Stadtteile gilt es die Möglichkeit zu bieten, ein breites Spektrum an (politischen) Beteiligungsformaten kennenzulernen. Die Möglichkeit des direkten Dialoges mit Politik stärkt die Teilhabechancen sogenannter benachteiligter

Menschen. Essentielle Grundvoraussetzung der Teilnahme an solchen Veranstaltungen ist eine gute Vorbereitung aller Beteiligten, eine professionelle Moderation, welche im Fall von Tabubrüchen oder feindseligen Angriffen eingreift und ggf. abwägt eine Veranstaltung abzuberechnen.

**9. Die LAG nimmt keine Gesprächseinladungen von rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien an.**

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien vertreten ein Menschenbild der Ungleichwertigkeit. Gemeinsame Gespräche, die einer inhaltlichen Auseinandersetzung dienen sollen, basieren unmöglich auf einem einheitlichen Demokratieverständnis. Die LAG sähe in einer solchen Zusammenkunft keinen Mehrwert. Nicht für den Verein und nicht für seine Mitglieder. Einladungen werden ohne Begründung schriftlich abgelehnt.

**10. Die LAG nimmt keine Spenden von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien an.**

Finanzielle Unterstützungen jeglicher Art von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien widersprechen den Vereinszielen der LAG und werden kategorisch abgelehnt.

**11. Die LAG setzt sich dafür ein, die Demokratiebildung Menschen in Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen zu stärken.**

Ein friedliches, respektvolles und tolerantes Zusammenleben im Quartier kann dadurch gestärkt werden, dass alle Bewohner\_innen ein gemeinsames Demokratieverständnis teilen. Voraussetzung dafür ist eine Auseinandersetzung der Bewohner\_innen mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Ideologien von Ungleichwertigkeit, die unsere Demokratie gefährden und dass sie in die Lage versetzt werden, solchen Ideologien sachlich entgegen zu treten. Die LAG unterstützt u.a. Hauptamtliche der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Gemeinwesenarbeit und dem Quartiersmanagement beratend, konzeptionell demokratiebildende Projekte und Veranstaltungen vorzubereiten und anzubieten. Angebote vor Ort werden zielgruppenspezifisch angepasst, wie zum Beispiel politische Bildungsseminare im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.